

E 010400 08. Feb. 2024

LANDESHAUPTSTADT



07.02.2024

über
Herrn
Oberbürgermeister Mende

BR

feh 7.2.

Der Magistrat

Dezernat für Soziales, Bildung
und Wohnen

über
Magistrat

Stadträtin Dr. Patricia Becher

und
Herrn
Stadtverordnetenvorsteher Dr. Gerhard Obermayr

an den Ausschuss für Soziales, Integration, Wohnen,
Kinder, Familie

5. Februar 2024

Rainbow Refugees

Beschluss-Nr. 0158 vom 06.12.2023, (SV-Nr. 23-F-63-0152)

1. *Gibt es in großen Unterkünften Konzepte zur Verhinderung von Queerfeindlichen Übergriffen?*
2. *Wodurch entsteht die Versorgungslücke in Bezug auf gegengeschlechtliche Hormone und welche Möglichkeit zur Behebung dieser gibt es?*
3. *Wie werden die Mitarbeitenden der Stadt, egal ob in den Unterkünften, beim Sozialdienst, Asyl oder auf anderen Stellen - für die Problematik sensibilisiert?*
4. *Der Magistrat wird gebeten, ein Gewaltschutzkonzept zur Prävention homofeindlicher oder transfeindlicher Angriffe zu erstellen und dem Ausschuss vorzustellen. Dabei sollte mit Nachbarkommunen und dort aktiven Netzwerken, wie beispielsweise den Rainbow Refugees, in den Austausch gegangen werden und die Ergebnisse in die Konzeption einfließen.*

Die Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1.

Die Menschen aus der LSBT*IQ Community werden, sofern bekannt, unmittelbar in dafür zur Verfügung stehende Unterkünfte untergebracht und von Mitarbeitenden betreut, die im Hinblick auf die Thematik bereits sensibilisiert wurden. Es besteht dazu ein Austausch mit der städtischen LSBT*IQ-Koordinierungsstelle und der AIDS-Hilfe Wiesbaden e. V..

Zu 2.

Durch Wartezeiten auf eine medizinische Versorgung oder Klärung der Finanzierung einer hormonellen Behandlung kann es zu Versorgungslücken kommen. Hilfen im Einzelfall bzw. die Benennung der zuständigen Ansprechpartner:innen müssen über die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle erfolgen.

Zu 3.

Es besteht ein Austausch mit der LSBT*IQ-Koordinierungsstelle und der AIDS-Hilfe Wiesbaden e. V., auch über die Teilnahme am Runden Tisch zur Thematik.

Zu 4.

Es ist davon auszugehen, dass ein allgemeines Gewaltschutzkonzept durch die LSBT*IQ-Koordinierungsstelle erstellt und im Hinblick auf die Unterbringung in Wiesbadener Unterkünften, in Abstimmung mit dem Sozialleistungs- und Jobcenter, ergänzt wird.

Dr.

Patricia

Becher

Digital
unterschrieben
von Dr. Patricia
Becher
Datum:
2024.02.05
16:01:58 +01'00'